

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 174 (2008)

Heft: 10

Artikel: Die Schweizer Armee in der Krise

Autor: Läubli, Rudolf

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-71478>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweizer Armee in der Krise?

Der Zuger Nationalrat Josef Lang (Alternative Kt. Zug) verkündet öffentlich, dass die Schweizer Armee in ihrer tiefsten Krise seit dem 2. Weltkrieg stecke. Verschiedene Vorkommnisse in letzter Zeit haben die Armee wiederholt in negative Schlagzeilen gebracht. Die Toten an der Jungfrau und in der Kander, sowie die Affäre um den Chef der Armee, Korpskommandant Nef, haben in der Öffentlichkeit grosses Echo gefunden. Diese negative Medienpräsenz deutet auf ein Malaise hin. Handelt es sich wirklich um eine Krise in der Armee oder haben wir es mit unvermeidlichen «Störfällen» zu tun, welche in jeder grösseren Organisation immer wieder vorkommen?

Rudolf Läubli, Stv. Chefredaktor ASMZ

Sicherheitspolitischer Konsens im Kalten Krieg

Vor dem Fall der Berliner Mauer, im Kalten Krieg, konnte man in der Schweiz einen sicherheitspolitischen Konsens feststellen. Die Armee sollte im Fall einer militärischen Bedrohung (zum Beispiel ausgehend von der Sowjetunion) in der Lage sein, einen Angriff gegen die Schweiz abzuwehren. Dies anfänglich autonom, im Kriegsfall eventuell zusammen mit allfälligen Partnern.

Mehrheitlich war klar: Man braucht eine Armee. Weil die Bedrohung klar (und quantitativ massiv) war, gab es zur Idee der bewaffneten Neutralität keine Alternative. Mit der strategischen Wende, nach 1989, ging dieser sicherheitspolitische Konsens verloren.

Suche nach einer neuen sicherheitspolitischen Strategie

Zögerlich nahm die politische Schweiz zur Kenntnis, dass die Sicherheitslage sich nach 1989 massiv geändert hatte. Die Armee reform «Armee 95» wurde noch vor 1989 lanciert. Die fundamentalen Veränderungen wurden weder in den Strukturen, noch in den Aufträgen berücksichtigt.

Es war folgerichtig, dass zu Beginn des neuen Jahrtausends eine neue Armee reform angepackt werden musste. Die Grundlage sollte eine sicherheitspolitische Standortbestimmung bilden. Erst im Jahr 1999 unterbreitete der Bundesrat der Bundesversammlung einen

Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000). In der Folge wurde dieser Bericht mit dem Motto «Sicherheit durch Kooperation» nicht etwa intensiv diskutiert. Er wurde von den beiden Eidgenössischen Räten lediglich «zur Kenntnis» genommen.

Acht Jahre später stellt man fest, dass wichtige politische Kreise die Kernaussagen des SIPOL B 2000 nicht akzeptieren. Den einen geht die Öffnung nach Aussen («Sicherheit durch Kooperation») viel zu weit. Andere finden die Armee als viel zu gross und deren Engagement zur subsidiären Unterstützung der politischen Behörden innerhalb der Schweiz als übertrieben, ja gefährlich. Die im Kalten Krieg mehrheitlich klare «Sinnfrage» ist heute alles andere als klar. Bei Unfällen oder anderen Fehlleistungen in der Armee wird deshalb häufig der Zusammenhang mit der ungeklärten Frage nach dem Sinn des militärischen Handelns hergestellt.

Der sicherheitspolitische Konsens konnte weder mit dem SIPOL B 2000, noch mit der Armee reform «Armee XXI» wiederhergestellt werden. Ganz im Gegenteil: Ehemalige höhere Stabs-offiziere lehnen die Armee reform in aller Öffentlichkeit vehement ab. Vorhaben des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) werden in eigenartigen Allianzen, gebildet aus rechtsbürgerlichen und links-orientierten Parlamentariern, blockiert, manchmal gar verhindert.

Der Ruf nach einem neuen sicherheitspolitischen Bericht wird laut. Aus Sicht der Armee wäre es sicher mehr als wünschbar, wenn wieder eine solide politische Mehrheit, ein neuer sicherheitspolitischer Konsens für die eid-

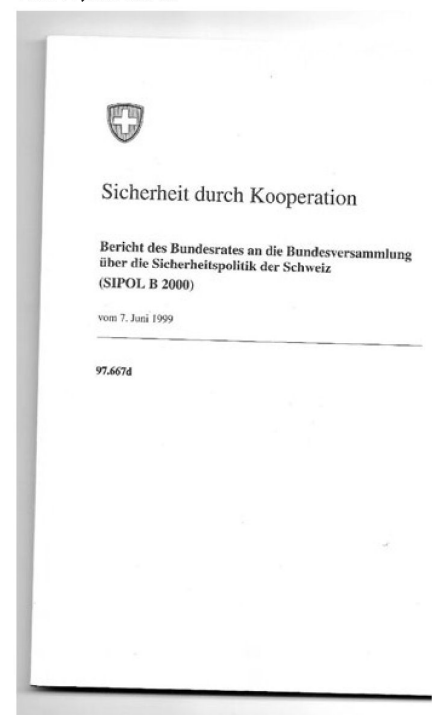
genössische Sicherheitspolitik erreicht werden könnte.

Um was geht es eigentlich?

Es geht um die Sicherheit der schweizerischen Bevölkerung. Ganz lapidar. Soweit so gut.

Die Schwierigkeit beginnt schon bei der Definition von «Sicherheit». Im SIPOL B 2000 wird zwischen innerer und äusserer Sicherheit unterschieden. International herrscht die Auffassung vor, dass in der modernen, globalisierten Welt nicht mehr zwischen innerer

SIPOL Bericht 2000
vom 7. Juni 1999.





Der Gesamtbundesrat ist gefordert.

und äusserer Sicherheit unterschieden werden kann.

Wenn diese Auffassung auch in der Schweiz mehrheitsfähig ist, drängt sich eine Neufassung unserer sicherheitspolitischen Strategie, ein neuer sicherheitspolitischer Bericht, auf. Wichtig wäre eine umfassende Debatte aller politischen Kräfte unseres Landes mit dem Ziel, einen neuen Konsens zu erreichen.

Die Struktur des SIPOL B 2000 ist plausibel. Von den Risiken und Chancen über unsere Interessen und Ziele soll eine tragfähige Strategie formuliert werden. Auf der Basis dieser Strategie sollen dann die Instrumente der Sicherheitspolitik definiert und strukturiert werden.

Diese Instrumente sind ja nicht nur die Armee und die Polizei. Im Bericht 2000 werden Aussenpolitik, Armee, Bevölkerungsschutz, Wirtschaftspolitik, wirtschaftliche Landesversorgung, Staatsschutz und Polizei sowie Information und Kommunikation erwähnt.

Erst nachdem Klarheit über die Strategie und die für deren Umsetzung notwendigen Instrumente herrscht, kann die Allokation der Mittel überlegt und zugeteilt werden. Dabei muss natürlich völlige volkswirtschaftliche Transparenz angestrebt werden. Es ist beispielsweise nicht zulässig «billige» Milizsoldaten für subalterne Hilfsaufgaben aus dem Erwerbsleben herauszureissen, um so Geld für die benötigte Manpower auf dem zivilen Markt zu sparen.

Wichtig ist, dass man den Unterschied zwischen Notwendigkeiten und Mythen macht. Nur weil etwas seit Jahrzehnten (Jahrhunderten) gültig war, ist dies noch kein Garant, dass es auch in

Zukunft noch so bleiben wird. Dieser Wandel ist uns in der Technik und im täglichen Leben wohlbekannt. Dabei gilt es, Traditionen, wenn immer möglich, zu pflegen und nicht fahrlässig einem wandelbaren Zeitgeist zu opfern. Diese Unterscheidung ist besonders für die Bereiche Neutralität und Dienstpflichtsystem sehr schwierig. Emotionen lassen sich nicht vermeiden; die Schlüsselfrage muss aber sein: Ist es im Interesse der Sicherheit unseres Landes, ja oder nein?

Was ist zu tun?

Die im Titel gestellte Frage nach einer Krise muss mit einem Ja beantwortet werden. Es gibt eine Krise. Aber nicht die Armee ist in einer Krise, sondern die schweizerische Sicherheitspolitik. Die Armeeführung kann in der heutigen Situation ihre Führungstätigkeit nicht auf einem soliden sicherheitspolitischen Fundament ausüben. Der Departementchef kann sich nicht auf eine solide parlamentarische Mehrheit abstützen. Dies gilt für Sachfragen und für Persönlichkeiten, dies unabhängig ihrer momentanen Aktualität.

Eine gründliche Debatte über unsere Sicherheitspolitik ist dringend notwendig. Dabei müssen folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Alle relevanten politischen Kräfte unseres Landes müssen aktiv mitmachen;
- Kirchturmpolitik und Pflege des eigenen Gartens haben keinen Platz in den Überlegungen. Auch massive Ver-

änderungen sind nicht a priori auszuschliessen;

- Zeitdruck schadet der Qualität; die Armee funktioniert mit den heutigen Vorgaben; Veränderungen müssen wohl fundiert sein. Vor 2012 wird eine allfällig notwendige neue Armee reform als «Zwängerei» empfunden;
- Die Überlegungen müssen umfassend sein. Es geht nicht um die Armee, es geht um die Sicherheit unseres Landes.

Fazit

Es gibt eine Krise. Die massiven Veränderungen der geostrategischen Lage seit 1989 zwingen zu einer grundsätzlich neuen Sicherheitspolitik. Die in den letzten fast 20 Jahren vollzogenen Anpassungen sind zum Teil umstritten und werden von relevanten Teilen in unserer Bevölkerung nicht getragen. Deshalb muss man von einer Krise der schweizerischen Sicherheitspolitik sprechen. Es geht also nicht um die Behebung einer Armeekrise, sondern um die Wiederherstellung eines sicherheitspolitischen Konsenses.

Zu dieser neuen Konzeption der schweizerischen Sicherheitspolitik gehören alle Instrumente der Sicherheitspolitik – natürlich auch die Armee. Dabei wird zwingend auch das Instrument «Armee» (erneut) reformiert werden müssen. Es ist sehr wichtig, dass diesmal die Veränderungen nicht im stillen Kämmerlein, sondern breit abgestützt und getragen von einer überzeugenden Mehrheit konzipiert werden. Allfällige Vernehmlassungen dürfen nicht unter Zeitdruck und ohne politische Pressionen durchgeführt werden.

Die politische Führung ist gefordert. Die Verantwortung liegt beim Gesamtbundesrat. Es ist zu hoffen, dass die besten Köpfe unseres Landes, sowie die zuständigen Magistraten und Parlamentarier die notwendigen Überlegungen anstellen und dann zeitgerecht die adäquaten Massnahmen einleiten werden. ■



Brigadier aD
Rudolf Läubli
Stv. Chefredaktor ASMZ
3098 Köniz